

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Riesa.
Genau 10. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftskonto: Dresden 1580
Große Straße Nr. 52.

Nr. 128.

Montag, 31. Mai 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittes von Druckfehlereien, Schädigungen der Blätter und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabezeitung sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erstreichen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kettamegazelle 100 Gold-Pfennige; austräuber und tabellarische Zeile 50%. Auflage: 5000 Exemplare. Bezug: — Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtümliche Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebs- und Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftssitz: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenleitung: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Stimmensitzungen beim Volksentscheid.

WDA. Berlin. Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und die Liberale Vereinigung fordern ihre Anhänger auf, bei dem Volksentscheid über die entzündungsfreie Enteignung der ehemaligen Fürstentümern sich nicht zu beteiligen.

Die Wirtschaftspartei bemerkt in ihrem Aufruf, dass sie unbedingt auf dem Boden des Privateigentums stehen und die fortwährenden Sozialstörungen und Enteignungsbestrebungen bekämpfen. Die Partei erkläre in dem Volksentscheid auf entzündungsfreie Enteignung der Fürstentümern eine Aktion, der weitere Verluste auf Enteignung zunächst der Kirchen und dann auch nach und nach anderen Privateigentums folgen würden. Die Fürsten dürften nicht besser, aber auch nicht schlechter als jeder andere deutsche Staatsbürger behandelt werden. Die Auseinandersetzung mit ihnen müsse durch ein geordnetes Rechtsverfahren erfolgen, damit nicht zweiterletzt Recht in Deutschland geschaffen werde.

Die Liberale Vereinigung erklärt, dass eine entzündungsfreie Enteignung des Eigentums gegen die Rechtsgrundlage verstoße, auf denen sich die deutsche Reichsverfassung aufbaut. Deshalb fordere die Liberale Vereinigung ihre Anhänger, sie einzutreten, auf dem Volksentscheid nicht zu stimmen, sie erwarte jedoch mit Bestimmtheit, dass Reichsregierung und Reichstag mit äußerster Beschnelligkeit einen Kompromiss zum Gesetz erarbeiten, das der Würde der Deutschen Republik und zugleich der Notlage des Deutschen Volkes Rechnung trage.

Der Kompromisentwurf über die Fürstenabfindung.

WDA. Berlin. Der Kompromisentwurf über die Vermögensausmusterungen mit den früheren Fürstentümern ist jetzt, wie der "Volksanwalt" hört, vom Reichsrat erledigt und dem Reichstag überwiesen worden. Der Reichstag werde voraussichtlich den Entwurf erneut dem Reichsausschuss überweisen. In parlamentarischen Kreisen hält man es dem Blatt zufolge nicht für wahrscheinlich, dass der Reichstag noch vor dem Volksentscheid die Vorlage erledigen wird.

Slagerrat-Gedenktag in Kiel.

Kiel. (Funkspruch.) Gestern abend fand in der Aula der Kieler Universität eine Slagerrat-Gedenkfeier aus Anlass des 10. Jahrestages der Schlacht statt, zu der die Einladungen von dem Stationskommando aufgegangen waren. Der Stationschef mit seinem Stab, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, die Offiziere der Marine und der Küstenwache, Abordnungen anderer Truppenteile sowie zahlreiche inaktive Offiziere und Mannschaften wohnten dem Festakt bei. Kapitänskapitän Scheibe (während der Seeschlacht auf Panzerkreuzer Lütjens) gab einen Überblick über den Verlauf der Seeschlacht. Vizeadmiral Raeder brachte in einer kurzen, von vaterländischem Geiste getragenen Rede einen Appell an das deutsche Volk und das deutsche Vaterland aus. Am Anschluss an die Feier begann dann der große Befreiungskreis jährlicher Truppenteile der Garnison Kiel.

Heute morgen fand eine Gedenkfeier für die Gefallenen auf dem Marine-Ehrenfriedhof statt, an die sich um 11 Uhr eine Parade anschloss.

Protestversammlung der Haus- und Grundbesitzer.

Leipzig. Die vom Landesverband der sächsischen Haus- und Grundbesitzer gestern in Leipzig veranstaltete Protestversammlung gestaltete sich zu einer massiven Kundgebung des Standes der Hausbesitzer. Die Referenten forderten einmütig die Befreiung der Haushaltswirtschaft, wenn nicht der ganze Hausbesitzerverband verzerrt sollte. Die Bestrebungen der Bodenreformer wurden scharf angegriffen.

Schließlich wurde unter großem Beifall eine

Erschließung

angenommen, die u. a. besagt: Die von mehr als 6000 sächsischen Hausbesitzern befürchtete Tagung erhebt einmütig und in heller Empörung Protest gegen die unveränderliche Beibehaltung der Wohnungswirtschaft in Sachsen bis zur kleinen Gemeinde herunter und verlangt — unter Aufrechterhaltung des Endziels der rektroßen Aufhebung — den sofortigen Abbau, unanständig auf dem Gebiete der Haushaltswirtschaft von großen Wohnungen und der gewerblich benutzten Räume. Die Versammlung erhebt weiter einmütig Protest gegen die Überspannung der dem Grund- und Hausbesitz auferlegten Steuern und Abgaben, die gerade in Sachsen in ungleich stärkerem Maße als in den anderen deutschen Ländern bis zum Erliegen des Haushaltswesens ausgetrockt werden, und verlangt mit aller Ernsthaftigkeit, dass der bestehende übermäßige Belastung des Haushaltswesens durch ausreichende Festsetzung der Miete Steuerung getragen wird und dass alle neuen Kosten, die unerträglich sein würden, unterbleiben. Die Versammlung beauftragte die Verbandsleitung, bei den zuständigen Behörden mit allem Nachdruck die Durchführung obiger Forderungen mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zu veranlassen.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

ROstock, 30. Mai. Anlässlich einer Landesversammlung der Deutschen Volkspartei sprach der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann geklärt hier über die politische Lage. Er führte dabei u. a. aus: In den Erörterungen der Deutschen Reichsregierung, so in einer Rede, die Graf Westarp in Schwerin gehalten hat, spielt die

Frage des Dawes-Abkommens eine besondere Rolle. Graf Westarp hat unter Bezugnahme auf die Wirkungen des Dawes-Abkommens erklärt, dass nur eine kraftvolle Außenpolitik die furchtbare Not der deutschen Wirtschaft beheben könne. Graf Westarp scheint zu meinen, dass die gegenwärtige schwierige Lage der deutschen Wirtschaft als eine Folgeerfolgung des Dawes-Abkommens hinzustellen sei. Diese Auffassung ist vollkommen unrichtig. Man kann nicht gegenüberstellen die Leistungen aus dem Dawes-Abkommen und die Lage, wie sie ohne darüberige Leistungen sein würde, sondern man muss die Situation gegenüberstellen, die sich vor dem Abschluss des Dawes-Abkommens und nach diesem für die Gestaltung der deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben hat.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit dem verlorenen Krieg bis zum Dawes-Abkommen ist eine Reihe fortwährender Erfolge gewesen, und diese Erfolge haben ihren tiefsten Ausdruck in dem vollkommenen Niedergang der deutschen Währung gelunden, durch den ein großer Teil des deutschen Volkes um sein Vermögen und seine Erspartnisse gebracht worden ist. Die Londoner Verhandlungen des Jahres 1924 waren der erste Versuch, eine Regelung der Reparationslasten herbeizuführen mit dem Ziel, solche Erfolgerungen der deutschen Währung für die Zukunft zu verhindern und die deutsche wirtschaftliche Lage bei den Reparationsleistungen zu berücksichtigen. Die ersten beiden Jahre der Leistungen nach dem Dawes-Abkommen waren als Atempause für die deutsche Wirtschaft gedacht. Gewiss haben die tatsächlichen Verhältnisse gezeigt, dass man die Entwicklung einer Wirtschaft nicht theoretisch vorausbestimmen kann. Denn gerade in dieser Zeit der Atempause ist die große Arbeitslosigkeit entstanden, unter der wir jetzt leiden, eine Arbeitslosigkeit, die auch nach dem Winterende nicht diejenige Erleichterung gebracht hat, die man in Deutschland selbst erhoffte.

Aber man wird auch die Frage stellen müssen, wie Deutschland über die große Krise, die namentlich auch eine Kreditkrise ist, hinweggekommen wäre, wenn an Stelle der für diese Übergangszeit vorgesehenen Regelung der erst allmählich ansteigenden Leistungen jene Billkür Platz gegriffen hätte, die vor den Londoner Vereinbarungen sinnbildlich für die Beziehungen der Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland gewesen war. Deshalb gilt es auch, diese Frage näher zu beleuchten und sie nicht durch parteipolitische Einseitigkeit in einem falschen Licht erscheinen zu lassen. Wenn ich im Laufe der Entwicklung herausstellen sollte, dass die Methoden und die Art der Dawes-Regelung nicht das bewirken, was davon von beiden Seiten erwartet worden ist, so wäre die Voransetzung für eine Aenderung dieser Art und dieser Weise jedenfalls eine auf gegenseitiger Verständigung aufgebauten Außenpolitik der beteiligten Mächte.

Das Wort "kraftvolle Außenpolitik" klingt so angenehm in den Ohren, in Wirklichkeit lässt sich aber mit diesem Begriff sehr wenig anfangen. Wenn Graf Westarp diese

kraftvolle Außenpolitik auch auf die Handelsvertragspolitik bezogen hätte, so würde Graf Westarp jedenfalls sehr genau aus seiner eigenen Partei, wie sehr sich hier die Interessenengpasse gefügt machen, und dass es noch nie in der Welt einen Handelsvertrag gegeben hat ohne Kompromisse, sowohl in bezug auf die Beziehungen der strategisch bedeutsamen Staaten gegeneinander, als auch in bezug auf die Ausbalancierung der Wirtschaftsinteressen des eigenen Landes.

Graf Westarp hat weiter in seiner Rede in Schwerin zum Ausdruck gebracht, dass die Deutsche Volkspartei sich dem Zentrum gegenüber verpflichtet habe, die neue Regierung nach links zur Großen Koalition zu erweitern. Der Schluss dieser beiden Fraktionen belegt, dass die Erweiterung der Regierung nur erfolgen könnte durch Parteien, die die Garantie hätten für eine Fortführung der bisherigen Außenpolitik und für Anerkennung der bestehenden internationalen Verträge. Wenn Graf Westarp das als ein Bekenntnis zur Heranziehung der Sozialdemokratie ansieht, so müsste angenommen werden, dass er durch diese Ausführungen für die Deutschen Volkspartei die Garantie der Fortführung der bisherigen Außenpolitik und der Anerkennung der bestehenden internationalen Verträge ablehne.

Das angesichts der bevorstehenden Entscheidungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eine andere Politik als die der Fortführung der gegenwärtigen Außenpolitik gar nicht in Frage kommt, ist allmählich Allgemeingut der Auffassungen weiterer Volkskreise bis tief in die Deutsche nationale Partei hinein geworden. Graf Westarp erklärt, dass ohne die Deutschen Volkspartei und die dahinterstehenden Kreise keinesfalls regiert werden könnte. Er wird aber wohl selbst nicht erwarten, dass diejenigen Parteien, an die er mit diesen Worten appelliert, gewillt sind, sich ihrerseits aus den Bahnen der von ihnen als richtig anerkannten Außenpolitik verdrängen zu lassen, und er wird danach die Frage, wer die Wege zur Mitarbeit der Deutschen nationalen Partei verbaut, sich selbst beantworten müssen.

Zur

Frage der Fürstenabfindung

bemerkt Dr. Stresemann, dass die Deutsche Volkspartei an ihre Anhänger im Lande einwichtig den Appell richte, der Stimmberechtigung der ehemaligen Fürstlichen und landesherrlichen Familien zu wenden.

Ein Sieg des Volksentscheides würde, so betonte Dr. Stresemann, von unerlässlichen Folgen für die innerpolitische und innerparteiliche Entwicklung sein. Eine solche Lösung des Problems wäre politisch nicht gerecht und rechtlich nicht zu begründen. Die Deutsche Volkspartei sei durchaus entschlossen, die kaalichen Rechte in der Auslandserziehung mit den Fürsten mit aller Entschiedenheit zu wahren. Es sei bedauerlich, dass das Bild dieser Auslandserziehungen durch idiosynkratische einzelne Personen, die nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, geträumt würde. Wenn das Volksentscheidgesetz, wie allgemein zu hoffen und zu erwarten sei, nicht zu einer Annahme der Enteignung führt, würde die Deutsche Volkspartei alles daran setzen, einer Kompromisentscheidung zur Annahme zu verhelfen, um durch eine solche reichsgesetzliche Regelung der jetzigen Unsicherheit der Verhältnisse auf diesem Gebiete ein Ende zu machen.

88 000 Mann Besatzungsstruppen im Rheinland.

Nach einer Denkschrift des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, die dem Reichstagsausschuss für die Besatzung angegangen ist, beträgt gegenwärtig die Zahl der französischen Truppen im Rheinland 72 800, die der Belgier 7944, die der Engländer 8155. Insgeamt stehen danach in der zweiten und dritten Zone 88 000 Mann, während in diesen Teilen des Rheinlandes vor der Räumung der ersten Zone 80 250 Mann standen.

Aänderung einzelner Vorschriften des Reichsbankgesetzes.

WDA. Berlin. Um der Reichsfinanzverwaltung die Möglichkeit zur Ausgabe eines begrenzten Betrages kurzfristiger Schatzwechsel zu geben, hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Reichsbank eine Änderung einzelner Vorschriften des Bankgesetzes in Aussicht genommen und ist wegen dieser Änderung mit der Reparationskommission in Führung getreten. Nachdem die Reparationskommission sich mit dem Vorstoss einverstanden erklärt hat, wird die Reichsregierung nunmehr den geleschenen Körperschaften eine entsprechende Vorlage zugehen lassen, sobald der Generalkrat der Reichsbank zu dieser Frage ab schließend Stellung genommen hat.

Reichsnährungsminister Häßlein über Hilfsmahnahmen für die Landwirtschaft.

Auf der Gesamtvorstands- und Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Weimar sprach der Reichsnährungsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Häßlein über die Hilfsmahnahmen für die Landwirtschaft. Die eingeleiteten Maßnahmen zum Zwecke der Kreditrealisierung wie zur

Wiederherstellung der Rentabilität würden mit allem Nachdruck fortgesetzt. Es sei dringend erforderlich, dass alle vermittelnden Kreditinstitute im Reich mit grösster Schnelligkeit und möglichst großzügig arbeiten. Es müsse bald eine weitere Erhöhung des Einsatzes für die landwirtschaftlichen Real- und Personalcredite angestrebt werden. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen des vergangenen Jahres seien in Verbindung mit dem Reichsbank Maßnahmen in Vorbereitung, um zu verhindern, dass bei der kommenden Ernte unter dem Druck der fälligen kurzfristigen Schuldverbindlichkeiten die Erntepreise in einem die Aufnahmefähigkeit des Marktes übersteigenden Umfang abgestoßen würden, und sich daraus wieder verlustbringende Getreidepreise entwickelten. Der Minister verfuhr dann kurz die Befürchtung und wies auf die Notwendigkeit hin, die schwer ringende Landwirtschaft gegen die Überschwemmung mit Agrarprodukten aus dem Auslande hinreichend zu schützen. Solange die deutsche Industrie den jetzigen Befürchtungen erforderlich halte, könnten auch die bis zum 1. August 1926 gültigen weit unter die Friedenssätze gesunkenen Übergangsätze für Getreide und Vieh nicht als hinlänglicher Befreiung anerkannt werden.

Die Reichssammelwoche für die Zeppelin-Edener-Spende.

WDA. Berlin. Der Reichsausschuss für die Zeppelin-Edener-Spende bittet uns mit Drückicht auf die vielfach bestehenden Unklarheiten, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Ablösung der Reichssammelwoche für die Zeppelin-Edener-Spende endgültig auf die Zeit vom 11. bis 18. Juli d. J. schließt.